

Die FDP-Fraktion im Kantonsrat stimmte mit der grossen Mehrheit nein:

Neujahrsvorsätze - oder besser Ziele?

Über Vorsätze wird viel geschrieben. Soll man sie sich nehmen – um sie dann doch nicht einzuhalten? Oder lässt man es bleiben? Ich verzichte darauf, starte aber nicht einfach so ins neue Jahr. Nein, ich stecke mir Neujahrsvorsätze. Bis zum 4. März stehen auf der politischen Ebene deren drei im Vordergrund: ein gutes Resultat bei den Gemeinderatswahlen für die FDP-Liste 3 (auf der ich selbst kandidiere) sowie ein Nein zur „No-Billag-Initiative“ (Thema meiner letzten Kolumne) und ein Nein zur kantonalen Initiative „Lehrplan vors Volk“.

Als Mutter und Politikerin stehe ich für ein fortschrittliches und hervorragendes Bildungswesen ein – und lehne die Initiative ab. Denn unter dem Deckmantel einer Stärkung der Volksrechte wollen die Initianten den Lehrplan 21 verhindern. Sie wollen im Volksschulbereich die Entscheidungskompetenz für den Lehrplan dem Kantonsrat respektive dem Volk übertragen und damit den vom Kantonsrat demokratisch gewählten Bildungsamt entmachten.

Mit ihrer Initiative lösen die Initianten die Proble-

me, welche sie bemängeln, keineswegs. Denn diese betreffen mehr methodische Fragen, welche nicht dem Lehrplan anzulasten sind, sondern dessen Umsetzung im Klassenzimmer. Konstruktive alternative Vorschläge zum Lehrplan 21 haben die Initianten keine. Mir als Mutter scheint wichtig, dass Eltern und Schulpflege die Umsetzung beobachten und ihren Kindern zuhören, wenn sie aus dem Schulalltag berichten – das bringt uns weiter als die Volksinitiative.

Der Lehrplan 21 ist ein breit abgestützter demokratischer Kompromiss: für keine Seite perfekt, aber für eine Mehrheit annehmbar. Er ist das Ergebnis aus mehreren Volksabstimmungen, jahrelanger Erarbeitung und zwei breiten Vernehmlassungen bei allen politischen Parteien und Organisationen des Bildungswesens. Die kritischen Stimmen wurden gehört und viele Kritikpunkte in der revidierten Fassung aufgenommen.

Im März 2017 hat der Bildungsamt den Lehrplan 21 in Kraft gesetzt. Alles ist darauf ausgerichtet. Die in den letzten Jahren produzierten Lehrmittel und die Ausbildungen an der PH

orientieren sich bereits daran. Und ab dem kommenden Schuljahr soll er schrittweise eingeführt werden. Die Verantwortung liegt bei den Gemeinden, den Schulbehörden und Schulleitungen. Die Bildungsdirektion unterstützt mit Hilfsmitteln und Weiterbildungsangeboten. Wenn die praktische Umsetzung Anpassungsbedarf aufzeigen sollte, wird der Kantonsrat und der Bildungsamt wie bisher seine Verantwortung im Rahmen seiner Kompetenzen wahrnehmen.

Die Initianten würden deshalb mit ihrem Anliegen eine Weiterentwicklung unseres Bildungswesens verhindern. Ein Ja würde für Planungsunsicherheit in der Volksschule sorgen und diese auf Jahre hinaus blockieren. Das darf nicht passieren. Die FDP-Fraktion im Kantonsrat folgte deshalb dem Regierungsratsantrag zur Ablehnung der Initiative und stimmte mit der grossen Mehrheit nein. Lehnen wir die Initiative auch am 4. März ab. So meine Empfehlung – nicht nur als Freisinnige, sondern auch als Mutter zweier Mädchen.

Carola Etter-Gick,
16.1.2018, 117. Jahrgang, Nr. 16.